

Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt

Der „Krefelder Appell“ von 1980

FRANZ WALTER

Plötzlich war der Name der peripher gelegenen Stadt in aller Munde: Krefeld. Zumindest galt das für die Szene, die man seinerzeit als „alternativ“ charakterisierte, für die ökologisch-feministisch-friedenspolitischen Bewegungen und Milieus der frühen 1980er Jahre. Dabei war die niederrheinische Stadt weder auffällig links noch gar eine Agglomeration von Postmaterialismus oder provokativer Bohème. Im Gegenteil, Krefeld war vielmehr ein traditionsreicher, im Grunde beschaulicher Ort aus „Samt und Seide“, wie es in unzähligen Prospekten oder Stadtführern hieß, in denen Krefeld sich selbst präsentierte.¹ Seide – das war der Stoff schlechthin im Wirtschaftsleben der Stadt, die auch als Krawattenzentrum firmierte. Mehr als die Hälfte aller Binder, die in Deutschland hergestellt wurden und werden, stammten und stammen von dort. Und auch der Titel des „Krawattenmann des Jahres“ wird hier alljährlich im Rahmen einer Festivität an diejenigen vergeben, „die mit ihrem Outfit Mode überzeugend darstellen und die Krawatte als Eyecatcher geschickt in Szene setzen.“²

Doch sind dergleichen modische Accessoires nicht der Gegenstand unseres Essays. Eher sind es doch schon die Mennoniten, mit denen das spezifische Gewerbe in Krefeld bereits im 17. Jahrhundert begann und dann zur

1 Vgl. etwa [http://www.krefeld.de/C1257478002C7A8D/files/Imagebroschuere_Internet.pdf/\\$file/Imagebroschuere_Internet.pdf?OpenElement](http://www.krefeld.de/C1257478002C7A8D/files/Imagebroschuere_Internet.pdf/$file/Imagebroschuere_Internet.pdf?OpenElement) [eingesehen am 09.08.2010]; auch Bernau, Friederike: Was war los in Krefeld 1950-2000, Erfurt 2001.

2 http://www.krawattenmann.de/index.php?option=com_content&view=article&id=111:krawattenmann-des-jahres&catid=35:krawattenmaenner&Itemid=54 [eingesehen am 09.08.2010]. Immerhin wurde im wichtigen Jahr 1968 mit Bernhard Grzimek jemand ausgezeichnet, der später zu den Unterstützern des Krefelder Appells gehören sollte.

Blüte fand. Die Mennoniten waren eine evangelische Täuferbewegung, die von der Hauptströmung des Protestantismus über die Jahrhunderte verdammt und auch verfolgt wurde. Mennoniten – insofern mochte man sie als frühe Protagonisten des „Krefelder Appells“ ansehen oder ausgeben – hielten die Gewaltfreiheit hoch, blieben über die Jahrhunderte friedenspolitisch besonders engagiert. Sie verfügten überdies über das Know-how der Seidenwirkerei, errichteten in Krefeld etliche Manufakturen und schufen den Wohlstand der Stadt, deren Industrialisierungsprozess nicht so laut, nicht so schmutzig, nicht so monumental verlief wie in den großindustriellen Nachbarregionen zwischen Ruhr und Wupper.

Die Mennoniten bildeten die ökonomische Führungsschicht in Krefeld. Die reformierten Teile der evangelischen Bevölkerung saßen demgegenüber an den Hebeln der politisch-administrativen kommunalen Macht.³ Und die Katholiken wiederum stellten die Majorität der Werktätigen, auch die Mehrheit der Stadtbewohner, somit ebenfalls des Elektorats. Bei den Reichstagswahlen 1881 kam hier die katholische Zentrumsparterie folglich auf 60,2 Prozent der Stimmen, während die Sozialdemokraten in dieser durchaus schon älteren Industriestadt nur 3,3 Prozent der Stimmen verzeichnen konnten. Dazwischen lagen die protestantischen Nationalliberalen, die aber in der Zeit des kommunalen Zensuswahlrechts gleichwohl bis 1918/19 an der Spitze der Gemeindepolitik standen. Danach, in den demokratisch-parlamentarischen Jahren, gaben mehr und mehr katholische Politiker und Parteien den Ton in Krefeld an.

Jedenfalls: Eine Hochburg der Linken war Krefeld nicht. Umso mehr zürnte in den frühen 1980er Jahren der Bäckermeister, Chef der christdemokratischen Mittelstandsvereinigung im Rheinland, CDU-Landtagsparlamentarier und Oberbürgermeister der Kommune, Hansheinz Hauser, dass „seine Stadt“ zu dieser Zeit im Titel eines „kommunistischen Aufrufs“ stand, der republikweit bekannt, ja prominent war. Der Krefelder Oberbürgermeister, dessen Vater bereits die Amtskette trug, hatte im Herbst 1980 nicht hinreichend erkannt, dass der Ruf seiner Stadt auf dem Spiel stand, als er den Initiatoren einer Kampagne gegen die Nachrüstung die Anmietung des stadt-eigenen Seidenweberhauses gestattete. Das Mehrzweckgebäude war in der ersten Hälfte der 1970er Jahre errichtet worden, verfügte über einige Hallen, auch Geschäfte und Verwaltungsräume. Es war – und ist – ein denkbar hässlicher, zeittypischer Betonklotz⁴, der aber reichlich Platz für Großveranstaltungen zur Verfügung stellen konnte und in räumlicher Nähe zu den Wohnorten der Hauptorganisatoren der Friedenskampagne lag. Als dem christdemokratischen Bäcker- und Konditormeister an der Spitze der

3 Vgl. insgesamt Kriedte, Peter: Eine Stadt am seidenen Faden. Haushalt, Hausindustrien und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1981, S. 55.

4 Siehe http://www.rp-online.de/niederrheinsued/krefeld/nachrichten/Theaterplatz-Hochbeete-abreißen_aid_880151.html [eingesehen am 09.08.2010].

Stadt Krefeld aufging, mit wem er es bei jenen zu tun bekommen hatte, die den Namen „seiner Stadt“ appellativ benutzten, war es zu spät. Rechtlich war „gar nichts zu machen“, wie er zu seinem Bedauern und einigermaßen aufgebracht konstatieren musste, als er versuchte, die Integrität des Stadtnamens gegen die friedenspolitischen Usurpatoren von links christdemokratisch zu schützen. Es blieb dem Oberbürgermeister nur, öffentlich zu bekunden, dass er sich zutiefst schäme, „jeden Tag den Namen unserer Stadt in Verbindung mit einem Pamphlet kommunistischer Herkunft lesen zu müssen.“⁵

Ein bisschen verwunderlich war der Furor des Krefelder Stadtoberhauptes gegen die kleine Schar bundesdeutscher Kommunisten schon. Bei den Bundestagswahlen Anfang Oktober 1980, sechs Wochen vor dem Treffen der Anti-Nachrüstungsaktivisten im Seidenweberhaus, hatte die DKP republikweit lediglich 71.600 Wähler gefunden – allein die Stadt Krefeld zählte zwei Drittel mehr an Einwohnern. Und auch in den zwei, drei Jahrzehnten zuvor waren die diversen Friedensaufmärsche aus dem Umfeld der kommunistischen Partei im Wesentlichen auf den inneren Kern überzeugter Anhänger der KP und einer kleinen Anzahl immergleicher „Bündnispartner“ beschränkt geblieben. Vor allem in der außenpolitischen Entspannungsphase, die nach der Kubakrise einsetzte und in der Bundesrepublik unter Kanzler Willy Brandt ihren Höhepunkt fand, wurden Forderungen nach Rüstungsbegrenzung oder -kontrollverhandlungen zur Sache sozialdemokratischer Gouvernamentalität und ließen die außerparlamentarischen Aktivitäten von links erheblich ausdünnen.

NACH DER DÉTENTE

Aber in den Jahren 1980 bis 1983 war auf einmal alles anders. Die Zeit der Détente war offensichtlich abgelaufen; der Ton zwischen den beiden Großmächten hatte sich markant verschärft; und Kanzler Schmidt hatte ein Defizit an Mittelstreckenraketen auf Seiten der europäischen NATO-Partner ausfindig gemacht. Dazu war in den Gesellschaften des Westens das goldene Vierteljahrhundert des Booms zu Ende gegangen; wirtschaftliche Probleme und Massenarbeitslosigkeit, die fast schon als überwunden gegolten hatten, beunruhigten die Menschen in den kapitalistischen Demokratien.⁶ Neue Bewegungen, ökologisch und feministisch orientiert, kamen auf. Zweifel am unaufhaltsamen Fortschritt der Zivilisation grassierten nun massenhaft in Europa, wie man es zuvor allein in Deutschland in Teilen des Bildungsbürgertums um 1900 und durchaus als Menetekel für das anbrechende 20. Jahrhundert erlebt hatte. Kurzum: In dieser Situation fanden Warner und Mah-

5 O.V.: Personalien, in: Der Spiegel, 01.06.1981.

6 Vgl. hierzu auch o.V.: „Es gibt eine Explosion von Ängsten“, in: Der Spiegel, 13.04.1981.

ner, die eine Zerstörung des Planeten durch die Hybris der Atomtechnologie für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich hielten, eine bis dahin ungewohnte Resonanz.

Und das galt jetzt ebenfalls für die „Friedenskämpfer“ aus dem weiteren Spektrum der DKP und ihre Bündnisgenossen. Als diese sich im November 1980 nach Krefeld aufmachten, um die Republik gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen zu mobilisieren, waren sie nicht mehr allein unter sich. Im Herbst 1980 hatten sie die Veteranen der Anti-Atom-Bewegung aus den 1950er Jahren und der Ostermarschbewegung der 1960er Jahre reaktivieren, aber auch um Repräsentanten der neuen Politik sowie klassisch etablierter sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Organisationen ergänzen können. Der Mann, der die Organisationsfäden zog, war ein alter Fährmann der kommunistisch lancierten Friedensbewegungen: Josef Weber, geboren 1908 in einer katholischen Familie in Speyer, im Zweiten Weltkrieg Generalstabsoffizier der deutschen Wehrmacht.⁷ In den 1950er Jahren war er führender Kopf und hauptamtlicher Parteimann des „Bundes der Deutschen“, einer – wie man schon damals in der Tat nicht zu Unrecht urteilte – „kommunistischen Tarnorganisation“. Ähnlich ließ sich auch die „Deutsche Friedensunion“ (DFU) charakterisieren, die 1961 erstmals für den Deutschen Bundestag kandidierte und deren Direktorium Weber bis in die 1980er Jahre angehörte. Kurz vor seinem Tode, im August 1985, erhielt Weber, unzweifelhaft verdient, den Internationalen Lenin-Friedenspreis der Sowjetunion; bereits 1973 hatte ihn der DDR-Friedensrat mit seinem Friedenspreis ausgestattet.⁸

Jedenfalls: Weber war die Spinne im Netz der Krefelder Kampagne. Aber das Netz hatte sich im Vergleich zu den früheren und gewohnten Aktionen, etwa die des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“, kurz: KoFAZ, erheblich erweitert. Und deshalb verpuffte der Vorwurf „kommunistischer Steuerung“ diesmal weit mehr als in früheren Fällen. Denn diesmal machten von Beginn an und prominent führende Grüne mit, sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, ein jungdemokratischer Bundesvorsitzender. Das zog dann Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat weitere Kreise.⁹ Stolz verkündeten die Initiatoren der Krefelder Friedenstruppe, dass ihr Appell unaufhörlich an Zuspruch in Form von Unter-

7 Vgl. Röhl, Klaus Rainer: Die Geschäfte des Herrn Oberst, in: Spontan, H. 4/1981; Weber, Josef: Vom Offizier zum Friedenskämpfer, in: Deutsche Volkszeitung, 09.06.1983; Kahl, Werner: Moskaus Organisator, in: Die Welt, 04.05.1985; Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: Süddeutsche Zeitung, 04.07.1981.

8 O.V.: Lenin-Friedenspreisträger Josef Weber gestorben, in: Unsere Zeit, 23.08.1985; o.V.: Patriot und Humanist, in: Deutsche Volkszeitung, 30.08.1985.

9 Vgl. Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1983, S. 161.

schriften gewann. Im Mai 1981 meldete man 800.000 Unterstützer, im Juli des gleichen Jahres dann 1,2 Millionen.¹⁰ Im September 1981 war die Zahl auf drei Millionen angestiegen; ein Jahr später nach Auskunft der Organisatoren gar auf fünf Millionen hochgeklettert.¹¹ Stets steigende Unterstützerzahlen auszuweisen, war wichtig für die Planer und Propagandisten solcher Kampagnen. Man wollte damit dokumentieren, dass man das Volk, den Demos hinter sich hatte – gegen die kleine Kaste der politisch und ökonomisch Herrschenden. „In der millionenfachen Zustimmung der Bevölkerung“ werde, so Josef Weber, „die wahre Stimmung der Mehrheit unseres Volkes sichtbar“¹².

DAS VORBILD MÜNZENBERG

Eine neue Strategie war das nicht. Ironischerweise verfolgten die Kommunisten nach 1945 geradewegs eine Bündnis- und Kampagnenstrategie, die zuvor ein am Ende Verfemter der kommunistischen Bewegung begründet und zur vollen Blüte gebracht hatte: Willi Münzenberg.¹³ Auf ihn führte alles zurück, was auch für den Krefelder Appell charakteristisch war. Die Initiative ging stets von den Kommunisten aus, die vorangestellten Repräsentanten aber waren nicht-kommunistische „Persönlichkeiten“ des wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens der Bundesrepublik. Das zentrale Medium im unermüdlichen Kampf für den „Weltfrieden“ war die Sammlung von Unterschriften, deren unaufhörlich wachsende Zahl als plebiszitäres Stimmungsbarometer für den genuine Volkswillen ausgegeben wurde. Und immer wieder sollten Massenkundgebungen und Kulturgroßveranstaltungen die Vitalität, Breite, Potenz der Freunde des Friedens weit hin bekunden. Willi Münzenberg führte all diese Stilmittel ab 1921 in die internationale kommunistische Bewegung ein.

Selbst war er dabei keineswegs ein Intellektueller. Geboren 1889 in Erfurt als Sohn eines Gastwirts, hatte er lediglich die Volksschule besucht und

10 Strässer, Christoph: Der Krefelder Appell, in: Pestalozzi, Hans A./Schlegel, Ralf/Bachmann, Adolf (Hg.): Frieden in Deutschland. Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist, was sie werden kann, München 1982, S. 87-92, hier S. 89; Schmidberg, Claus: Das Glück allein sichert nicht den Frieden, in: Neue Ruhr Zeitung, 01.08.1981.

11 Vgl. Ott, Werner: Das Bekenntnis der Künstler: Jetzt für den Frieden aktiv sein, in: Neues Deutschland, 13.09.1982; o.V.: Fünf Millionen unterschrieben den „Krefelder Appell“, in: Frankfurter Rundschau, 19.09.1983.

12 Siehe das Gespräch mit Josef Weber, in: Deutsche Volkszeitung, 09.04.1981.

13 Vgl. hierzu und im Folgenden Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 125 ff.; auch Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende: Zur Publizistik der revolutionären Arbeiterbewegung 1921-1933, Köln 1982.

danach als ungelernte Arbeitskraft in Schuhfabriken seiner Heimatstadt gearbeitet. Schon früh allerdings engagierte er sich in der ersten Reihe der linksradikalen Jugendbewegung, avancierte 1919 gar zum Vorsitzenden der Kommunistischen Jugendinternationale und geriet dabei ins Visier von Wladimir Iljitsch Lenin, der sogleich die Begabung des rastlosen, ideenreichen Organisators Münzenberg erkannte. Lenin erteilte ihm den Auftrag, eine internationale Hilfsaktion für die Hungernden in Sowjetrußland in Gang zu setzen. Das war, im April 1921, der Startschuss für die „Internationale Arbeiterhilfe“, die Münzenberg in Berlin ausrief. Und fortan war auch das verbindliche Muster vorgegeben: Als Träger der Kampagne firmierten „parteilose“ Wissenschaftler, Maler, Advokaten, Theaterregisseure, Schriftsteller, Schauspieler etc. Verlässliche Kandidaten, die auch in den folgenden Jahren wieder und wieder ihren Namen für Münzenberg-Kampagnen zu Verfügung stellten, waren etwa Käthe Kollwitz, Heinrich Vogeler, George Grosz, Leonhard Frank, Albert Einstein, zuweilen auch Alfred Kerr, Carl v. Ossietzky, Otto Dix, Leopold Jessner, in Frankreich Anatole France, Henri Barbusse, Auguste Forel, in England George Bernard Shaw, in Dänemark Martin Andersen-Nexø.¹⁴

Fortan war von den „fellow travelers“ die Rede, wenn es um die Gruppe derjenigen „Persönlichkeiten“ aus der intellektuellen Szenerie ging, die – ohne Kommunisten zu sein – sich in schöner Regelmäßigkeit in den kommunistischen Bündnisrahmen spannen und bereitwillig für die Öffentlichkeit nach vorne schieben ließen. Es ist oft darüber gerätselt worden, was ansonsten hochintelligente Menschen dazu bewegt haben mag, sich in verblüffender Naivität und politischer Ahnungslosigkeit von kühlen kommunistischen Strategen derart willig instrumentalisieren zu lassen. Zunächst einmal: Münzenberg camouflierte den kommunistischen Kern seiner fortwährenden Aktionen durchaus geschickt. Auch die Publikationen, die Münzenberg schuf und zu großen Verkaufsauflagen trieb, wie etwa die *Welt am Abend* oder die *Arbeiter Illustrierte Zeitung*, schlugen bewusst keine parteidoktrinären Töne an. Eben darin lag der Impetus von Münzenberg, mit allen Mitteln auch modernster Medien die Unterstützung für kommunistische Ziele weit über die originären kommunistischen Kreise hinaus auszudehnen, nicht zuletzt durch die suggestive Kraft von Bildern, Inszenierungen, kollektiven Großereignissen – wenn man so will: Events. Münzenberg wusste, dass Gefühle, Mythen und Erregungen die Menschen weit mehr in Bewegung setzten als Programmformulierungen oder papierene Lehrsätze, für die er sich selbst auch gar nicht weiter interessierte.

Jedenfalls: Münzenberg ließ den sympathisierenden Intellektuellen ihren Raum und Eigensinn, hielt sie nicht am kurzen Zügel der jeweilig vorherr-

14 Vgl. hierzu ebenfalls Raddatz, Fritz J.: Erfolg oder Wirkung. Schicksale politischer Publizisten in Deutschland, München 1972, S. 81-101; Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt am Main 1969, S. 228 f.

schenden Parteilinie, was ihm Apparatschiks wie Walter Ulbricht oder Wilhelm Pieck stets übelnahmen und was zu schlechter Letzt in den Jahren 1938/39 zu seiner Verbannung aus der kommunistischen Bewegung beitrug.¹⁵ Aber über ein gutes Jahrzehnt lang war er einer der erfolgreichsten Propagandisten – heute würde man wohl sagen: Verkaufs- und Werbemanager – der Kommunisten im 20. Jahrhundert. Wenn er um Beistand bat, unterschrieben die Kischs, Einsteins, Feuchtwangers, sei es aus Gründen eines moralischen Imperativs (den Hungernden in Sowjetrußland musste schließlich geholfen werden), aus Frustration über das laue Kompromisslertum der Sozialdemokraten (welche die Revolution mit ihrer Noske-Politik verraten hatten), vielleicht auch aus schlechtem Gewissen (wegen der eigenen privilegierten Lage, während das Proletariat darbt), nicht zuletzt sicher auch aus Gründen von Geltungssucht und Eitelkeit (wer ließ sich nicht gerne als Held der Unterdrückten auf großzügig finanzierten Reisen in das Land Lenins feiern?).

Den Kitt, der all die Individualisten insbesondere aus der Berliner Bohème zusammenfügte, lieferte das alles überwölbende Lösungswort von Münzenberg: „Solidarität“. Indem sich die Professoren, Literaten und Dramaturgen ihrer selbst mit den fortlaufend ausgeheckten Aktionen Münzenbergs identifizierten, erlangten sie Eintritt in die Gemeinschaft der Guten und Fortschrittlichen, verschafften sie sich Zugang zum siegreichen Kollektiv der Weltrevolution. Sie froren nicht mehr in der kalten Einsamkeit der vereinzelter bürgerlichen Existenz, sondern genossen die wärmende Zugehörigkeit zur völkerübergreifenden Solidarität im Bataillon historischer Gesellschaftsveränderung. Eine Unterschrift reichte dafür aus.

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre fiel Münzenberg in der Kommunistischen Internationale in Ungnade, trat im März 1939 gleichsam präventiv aus der KPD aus, schied 1940 aus dem Leben. Doch an der „Methode Münzenberg“ hielten die Kommunisten auch nach 1945, gerade im Herbst der Stalin-Ära fest, organisierten Kundgebung auf Kundgebung, Konferenz auf Konferenz für den Frieden, ließen unaufhörlich millionenfach Unterschriften sammeln, Resolutionen verabschieden und durch Massenaufmärsche unterstreichen.¹⁶ Indes: Mit der Zeit lief sich das leer; es wirkte rituell und einfalllos, eher isolierend als politisch oder kulturell ausgreifend. Die Namen der erstunterzeichnenden friedliebenden Prominenz blieben immer gleich.

15 Vgl. auch Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin, Berlin 1991.

16 Vgl. Claudin, Fernando: Die Krise der kommunistischen Bewegung, Bd. 2, Berlin 1978, S. 299 f.

AUF DEM WEG ZUM KREFELDER APPELL

Bis in das Jahr 1980. Bis zum Krefelder Appell. Bis dahin zählte die westdeutsche „Friedensbewegung“ zu den Sorgenkindern der internationalen kommunistischen Bewegung. Der „Bund der Deutschen“, den das kommunistische Umfeld in den 1950er Jahren als national-neutralistische Organisation gegen die Adenauer-Politik aus der Taufe gehoben hatte, blieb ein rudimentäres, einflussloses Konventikel. Als besseren Ersatz plante man daher die Ende 1960 konstituierte „Deutsche Friedensunion“, die durch eine Vielzahl an Professoren, Pastoren und Lehrern auffiel, aber auch nicht hielt, was man sich von ihr primär versprochen hatte. Bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 blieb sie unter zwei Prozent der abgegebenen Stimmen; bei Landtagswahlen geriet sie allein in Bremen zumindest in die Nähe des Quorums, das für den Einzugs in das Parlament zu überwinden war. Die Zahl der Mitglieder dürfte in den 1970er Jahren kaum über 3000 gelegen haben.¹⁷ Kurzum, man war auch im Führungskader der SED nicht zufrieden über den Stand der Dinge bei den Genossen in der Bundesrepublik. So schrieb das für die Agitation zuständige Mitglied des SED-Politbüros, Albert Norden, am 8. Mai 1978 an den Leiter der Westabteilung beim ZK der SED, Herbert Häber: „Richtig ist, dass die BRD-Friedensbewegung Hilfe braucht. Sie ist eine der schwächsten in ganz Westeuropa.“¹⁸ Und so pumpte die SED in jenen Jahren gut fünfzig Millionen Mark alljährlich in das seinerzeit kränkelige kommunistische Organisationsumfeld der „BRD“.¹⁹

Doch die Devisen aus der ja selbst denkbar devisenschwachen DDR allein halfen dem westdeutschen „Friedenskampf“ nicht auf die Beine. Den entscheidenden Schub verschaffte vielmehr der Gegner, genauer: die Verteidigungs- und Außenminister der NATO, die am 12. Dezember 1979 den sogenannten „Doppelbeschluss“ fassten.²⁰ Die Struktur und der Zeitplan dieses Beschlusses waren geradezu ideal für eine außerparlamentarische Friedensbewegung. Denn die NATO kündigte für das Jahr 1983 die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa an, stellte zugleich aber – daher Doppelbeschluss – Rüstungskontrollverhandlungen in Aussicht, an deren Ende durch vorangegangenen Abbau der russischen SS-20-Raketen

17 Vgl. Hüllen, Rudolf v.: Der „Krefelder Appell“, in: Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS-20-Abenteuer und die Friedensbewegung, München 2001, S. 216-253, hier S. 217 ff.

18 Zitiert nach ebd., S. 216.

19 Vgl. Udo Baron, Die KOFAP, die «Grünen» und die DKP in der Friedenskampagne. Kommunistische Bündnispolitik im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluss, in: Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 198-215, hier S. 201.

20 Vgl. Haftendorn, Helga: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und Nato-Doppelbeschluss, München 1986, S. 92 ff.

auch die Installierung der projektierten amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper überflüssig werden mochte. Der NATO-Entscheid schuf also einen Zeitraum von knapp vier Jahren, in denen innen- und außenpolitisch diskutiert und gerungen, auch massiv Einfluss durch Aktionen, Kampagnen, Kundgebungen auf die innere Willensbildung der parlamentarischen Demokratien genommen werden konnte. Und die Sowjetunion versuchte von Beginn an, über die westeuropäischen Friedensbewegungen die Rüstungsplanung und sicherheitspolitischen Konzeptionen des westlichen Gegners zu konterkarieren.

Jetzt lief auch der bundesdeutsche Friedenskampf wie geölt, geradezu lehrbuchartig ab, als würde man sich Seite für Seite an ein Kampagnenkompendium des Willi Münzenberg halten. Die Kommunisten zogen im Hintergrund die Fäden, die Nicht-Kommunisten von der „Deutschen Friedensunion“ aber standen auf offener Bühne und gruppierten um sich die parteilosen „Persönlichkeiten“, die allein von der Sorge um den Weltfrieden getrieben waren. Das war die klassische Präsentation, die aber diesmal – und wohl zur Überraschung der eigentlichen Planer selbst – spektakuläre Ergebnisse zeitigte. Die Vorbereitungen liefen nach den konventionellen Mustern ab. Mitte Mai 1980 reiste das Direktorium der DFU zum „Deutschen Friedensrat“ nach Ost-Berlin,²¹ um mit den Genossen der DDR zu beraten, wie man im Herbst desselben Jahres Aktionen „gegen den Rüstungskurs der NATO“ starten könne.²² Gleich nach der Rückkehr der Delegation trafen sich die führenden Vertreter der DFU mit dem Vorstand der DKP, um die Einzelheiten der Herbstkampagne abzustimmen. Daraufhin mietete Josef Weber, die Eminenz der DFU, als Privatmann für Mitte November das Seidenweberhaus in Krefeld an. Im September 1980 begannen die Geschäftsstellen der DFU mit der inneren Mobilisierung für das Krefelder Forum, welches sie unter die Losung stellten: „Der Atomtod bedroht uns alle“. Zugleich wiesen die führenden Funktionäre der DFU die Mitglieder und Aktivisten darauf hin, dass es sich beim Krefelder Forum nicht um eine „reine DFU-Veranstaltung“ handeln sollte, da man „mit möglichst prominenten Leuten ins Gespräch kommen“ wolle, „um sie als Miteinlader und Unterzeichner zu gewinnen“.²³

21 Zum Einfluss des „Friedensrats“ vgl. auch Ploetz, Michael: Die Rolle des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Kampagne, in: Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 254-263, hier S. 256 f.

22 Hierzu Müller, Hans-Peter/Ploetz, Michael: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluß, Münster u.a. 2004, S. 296 ff.

23 Zitiert nach Minrath, Axel: Friedenskampf. Die DKP und ihre Bündnispolitik in der Anti-Nachrüstungsbewegung, Köln 1986, S. 77.

NICHT ALLEIN DIE ÜBLICHEN „FELLOW TRAVELER“

Exakt so hatte schon Willi Münzenberg in den Weimarer Jahren die Manifestationen der „Internationalen Arbeiterhilfe“ und andere Komitees aufgezogen. Indes, was damals noch originell war, wirkte nach einigen Jahrzehnten starr beibehaltener Routine reichlich steril und wenig zugkräftig. Den Eindruck hatte man anfangs auch diesmal. Die „prominenten Leute“, mit denen man in Kommunikation und Handlung trat, waren altbekannte Gesichter des „Friedenskampfes“: zunächst, wie seit Jahrzehnten schon, der mittlerweile hochbetagte Pastor Martin Niemöller, dann der Staatsrechtler Professor Helmut Ridder, natürlich Josef Weber selbst, zudem der Journalist Gösta v. Uexküll, schließlich der Vorsitzende der Deutschen Jungdemokraten Christoph Strässer.²⁴ Diese fünf fungierten anfangs als Initiatoren des „Krefelder Forums“. Mit Ausnahme von Strässer, immerhin Chef der FDP-Jugendorganisation, bot das Quintett der interessierten Öffentlichkeit keine sonderlich große Überraschung.

Doch dann gelang den DFU-Strategen unversehens der bündnispolitische Durchbruch. So jedenfalls werten es in der Literatur diejenigen Autoren, die den Krefelder Appell als Musterbeispiel für die kommunistische Infiltration und Instrumentalisierung der Friedensbewegung ansehen. Für sie markierten die Jahre 1980 bis 1983 einen Zeitabschnitt, in dem sich die gut geschulten und disziplinierten Kader des Kommunismus mit hoher Raffinesse die politisch leichtgläubigen und unerfahrenen Akteure der neuen sozialen Bewegungen zur Beute gemacht haben. Anfang Herbst 1980 gelang es Josef Weber, den Initiatorenkreis um drei weitere Mitglieder zu ergänzen, die in der Tat nicht zu den gewohnheitsmäßig rekurrierenden Namensspendern im Friedenslager gehörten. Mit von der Partie waren nun auch der langjährige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karl Bechert, ein Professor der Physik und vormals außerdem Rektor der Universität Gießen. Noch mehr Aufsehen erregte allerdings, dass auch der frühere Generalmajor und Kommandeur der 12. Panzerdivision, Gert Bastian, der nach allerlei Querelen mit dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister Hans Apel im Sommer 1980 pensioniert worden war, sich den Krefelder Initiatoren zugesellte.²⁵ Mehr noch: Er brachte, als nunmehr achte „Persönlichkeit“, noch die Mitvorsitzende der neuen Grünen Partei mit, die er selbst erst am 1. November 1980, vierzehn Tage vor dem Krefelder Spektakel, persönlich kennengelernt und für die Mitwirkung am „Krefelder Forum“ geworben hatte, nämlich Petra Kelly. „Es waren ehrenhafte Leute“, urteilte später die

24 Vgl. Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 149.

25 Zu Bastian siehe ausführlicher Richter, Saskia: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, in: Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, hier S. 410-430.

Süddeutsche Zeitung im Rückblick, „die ihren Namen als erste unter den Appell setzten“²⁶.

Zumindest war es aus DFU-Perspektive unzweifelhaft ein bemerkenswerter Coup. Denn keiner der drei war einfach auf das Ticket der typischen „fellow traveler“ zu setzen. Bei niemandem aus diesem Trio durfte man subalternes Verhalten gegenüber der DFU-Regie voraussetzen. Insbesondere Bastian und mehr noch Kelly waren eigensinnige Menschen, schwer berechenbar, mit selbstständigen Absichten und Zielen unterwegs, welche keineswegs mit parteikommunistischen Bestrebungen konvenierten. Insofern war durchaus nicht gewiss, in welchem Lager das schon damals viel zitierte Trojanische Pferd wirklich platziert war.²⁷ Hatten die Kommunisten mit Petra Kelly den Einstieg in die neuen sozialen Bewegungen realisiert; oder stand die bis dahin homogen gefestigte kommunistische Formation fortan in Gefahr, der kulturellen Subversion einer neuen undogmatischen Linken durch steten Nahkontakt ausgesetzt zu sein? Das war damals nicht ausgemacht. Und es wird bis heute strittig diskutiert. Bastian und Bechert waren sich zumindest von Beginn an des Hintergrunds einiger ihrer Mitstreiter wohl bewusst. Doch äußerte sich Bechert in einem Telefongespräch mit Bastian dazu lediglich lakonisch: „Ich bin zu alt, um mich in dieser Sache wie eine hysterische Jungfrau aufzuführen. Warum soll Weber nicht die Veranstaltung organisieren und den Saal mieten, solange wir uns mit unseren Vorstellungen durchsetzen?“ Dieser Auffassung schloss sich Bastian an; so wurde es jedenfalls von ihm übermittelt.²⁸

Am Samstag, den 15. November, bei der Eröffnungsveranstaltung des „Krefelder Forums“ im Seidenweberhaus, saßen dann Gert Bastian und Petra Kelly auf dem Podium nebeneinander, im Zentrum der Referentenriege. Dass Kelly keineswegs eine kalkulierbare Parteigängerin kommunistischer Phrasen war, machte sie sogleich in ihrem Statement deutlich: „Für mich ist kein Frieden mit Gewalt zu erhalten, und auch kein Frieden mit Gewalt zu erreichen [...] Alle Armeen haben immer patriarchalische Strukturen gefestigt. Darum sollten wir auch hier in keiner Weise neue Männerrollen übernehmen wollen.“ Das muss in den Ohren treuer DFU- und DKP-Epigonen, die gewiss den größten Teil der rund 800 bis 1000 Teilnehmer im Saal stellen, recht fremd, vermutlich geradezu abstrus geklungen haben. Doch weitere Exzentrik mussten sie nicht ertragen. Es ging ansonsten ganz in der Rhythmik der klassischen Bündnispolitik weiter. Auf dem Podium selbst, das ja politische und ideologische Breite symbolisieren sollte, residierten neben Kelly und Bastian, neben v. Uexküll und Weber noch der sozialde-

26 Kröncke, Gerd: Spät regt sich die SPD, in: *Süddeutsche Zeitung*, 04.07.1981.

27 Vgl. etwa Müller, Emil-Peter: *Die Bündnispolitik der DKP. Ein trojanisches Pferd*, Köln 1982; auch Bärwald, Helmut: *Missbrauchte Friedenssehnsucht. Ein Kapitel kommunistischer Bündnispolitik*, Bonn u.a. 1983.

28 Siehe bei Bittorf, Wilhelm: „Den Gehorsam aufkündigen“, in: *Der Spiegel*, 26.04.1982.

mokratische Europaabgeordnete der Niederlande Wim Albers und das sozialdemokratische Mitglied des Deutschen Bundestages Klaus Thüsing, dazu der frühere Darmstädter Universitätsprofessor Gerhard Kade, hernach hauptberuflicher Aktivist im „Büro“ des kommunistisch lancierten KoFAZ und zugleich IM des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Agent des KGB, was allerdings erst gut eine Dekade später ans Tageslicht kam. Dem Podiumsreigen schloss sich schließlich noch der stellvertretende Krefelder DKP-Bezirksvorsitzende und Gesamtbetriebsratsvorsitzende eines Textilunternehmens, Peter Tümmers, an. Das war das Ideal kommunistischer Allianzpolitik, die in Krefeld real zusammengefunden hatte: Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse, humanistisches Bürgertum, friedensorientierte Sozialdemokraten, geläuterte Christen und Antimilitaristen. Die kommunistische Repräsentanz wurde in den Monaten danach wieder stillschweigend ins zweite Glied versetzt. Von Peter Tümmers, dem Betriebskader der DKP, war zumindest hernach nichts mehr zu hören oder zu lesen; schon gar nicht nahm man ihn in den erlauchten Kreis der „Initiatoren“ und „Persönlichkeiten“ auf.

In bewährter Manier ging es dann auch am folgenden Tag weiter. Die Versammlung, das „Krefelder Forum“, verabschiedete eine Resolution, die „Krefelder Erklärung“, deren Kurzversion – der dann republikweit bekannt gewordene Krefelder Appell – die Vorlage für die Unterschriftenaktion der nächsten drei Jahre bildete:

„Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neu gewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung der Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müssten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung:

die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;

im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozess der Willensbildung und können dazu beitragen, dass unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zulässt. Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.²⁹

UNERWARTETE RESONANZ

Es kursieren eine Reihe von Mutmaßungen, wer denn der wahrscheinliche Verfasser dieses Textes, der für die nächsten drei Jahre zu einer Art Plattform der heterogenen und an Anhängern zunehmend wachsenden Friedensbewegung wurde, gewesen sein mag.³⁰ Gert Bastian behauptete in dieser Zeit steif und fest, er selbst habe den Text in eigener Verantwortung auf seiner Schreibmaschine produziert und mit nach Krefeld gebracht, wo man ihn einhellig begrüßte. Das Gros der geschichtswissenschaftlichen oder politologischen Interpreten hingegen hält es für ganz unmöglich, dass im wohlorganisierten Umfeld der DFU Erklärungen Geltung bekommen haben könnten, die nicht eben dort entstanden und dann von der führenden Partei der Arbeiterklasse akkurat geprüft worden sein sollen. Hier wird eher die Autorenschaft des Josef Weber unterstellt. Andere, keineswegs unkundige Zeitzeugen nennen zudem noch den damaligen Redakteur der *Deutschen Volkszeitung*, Hans Brender, als Urherber des Krefelder Manifests.³¹

Gleichviel. Die Resonanz der Krefelder Verlautbarung ist schwerlich allein auf taktische Manöver und kühl ausgedachte Strategien der Kommunisten zurückzuführen. Friedensmanifeste, die nach dem Namen der Städte, in denen man sich zu Kundgebungen versammelt hatte, bezeichnet wurden, hatte es in den zurückliegenden Jahrzehnten zuhauf gegeben, ohne dass sie

29 Dokumentiert in: Bredthauer, Karl D.: Sag niemand, er habe es nicht wissen können, Köln 1983, S. 195 f.

30 Hierzu akribisch v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 233 ff.

31 Vgl. Mansel, Bernd: Jetzt könnte ich anfangen zu schreiben, in: Der Freitag, 16.02.2001 und die Auskunft von Franz Sommerfeld (nach 1983 Chefredakteur der *Deutschen Volkszeitung*, zuvor Chefredakteur der *Roten Blätter* des MSB Spartakus) vom 03.08.2010.

auch nur ansatzweise eine ähnliche Wirkung erzielen wie der Appell von Krefeld. Auch Bündnisse aus Kommunisten, Parteilosen, Sozialdemokraten, Pfarrern, Lehrern, Naturwissenschaftlern, Literaten waren – wir sahen es – absolut kein Novum in der kommunistisch inspirierten oder kontrollierten Kampagnenpolitik. Doch der Multiplikationseffekt war bislang denkbar bescheiden geblieben. 1980 aber kamen Personen hinzu, die nicht als die Ewiggestrigen kommunistischer Friedenskämpfer abzuqualifizieren waren, sondern vielmehr als Repräsentanten einer neuen, gerade erst entstehenden zukunftssträchtigen sozialen Bewegung erschienen.

Das Krefelder Manifest traf zudem eindeutig den Erfahrungsnerv seiner Zeit. Dass ein Jahr nach dem NATO-Doppelbeschluss die angekündigten Verhandlungen offenkundig nicht vorankamen, dass schärfere Töne auf der amerikanischen Seite das Klima zwischen den Großmächten gar noch verschlechterten, beunruhigte in der Tat große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung, auch der Politik in den klassischen Parlamentsparteien. Als kommunistische Propaganda, krudes Hirngespinnst oder gar als „seltsame Betroffenheits- und Friedenshysterie“ eines gewohnheitsmäßig panisch reagierenden deutschen Mittelstandes³² war der Begründungsrahmen, den der politische Appell der Krefelder sich gab, nicht ernsthaft abzutun. Überhaupt wiesen die Formulierungen stilistisch nicht auf kommunistische Stereotypen hin; inhaltlich war weder von Sozialrevolten noch vom kriegerischen Wesen des Imperialismus, weder vom Klassenkampf noch von Ausbeutung die Rede. Einseitig – oder einäugig, wie es zeitgenössisch gern hieß – war der Krefelder Appell insofern, als er im konkreten Postulat die Bundesregierung aufforderte, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“. In diesem Satz sah und sehen die Kritiker die Frucht erfolgreicher kommunistischer Unterwanderung der damaligen Friedensbewegung, da von SS-20-Raketen und konventionellen Überlegenheiten des Warschauer Pakts in Europa im Krefelder Manifest nicht die Rede war.³³ Darin lag unzweifelhaft eine Art moralische, auch machtpolitische Leerstelle des Krefelder Bündnisses. Aber indem man sich im heterogenen Bündnis auf den Kampf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen beschränkte, hielt man die Allianz aus alten und neuen Friedensgruppen, aus disparaten sozialen Schichten und Kohorten bemerkenswert lange zusammen, ohne dass die einzelnen Gruppen für sich die Selbstständigkeit ihrer Positionen, die in vielen Fällen weit über den „Minimalkonsens“ der Krefelder hinaus gingen, aufzugeben brauchten. Krefeld hatte das Fundament für die Größe und Weite der Friedensbewegung jener frühen 1980er Jahre gelegt. Aber auf diesem Fundament wucherte und wuchs politisches Gewächs, das den Absichten der Konstrukteure von Krefeld durchaus zuwiderlief. Über ihrem Appell stand, was

32 So die Argumentation und Formulierungen bei v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 243.

33 Vgl. etwa Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 149.

Bastian und Kelly wichtig war, die Maxime: „Keine Atomraketen in Europa“. Die Raison der sowjetischen Sicherheitspolitik spiegelte das nicht. Später leiteten die Krefelder Initiatoren in Zeitungsannoncen ihren Appell damit ein, dass sie „Nein“ sagten „zu immer noch mehr Nuklearwaffen in Ost und West“, ihr „Ja“ aber gaben „zum atomfreien Europa ohne NATO und Warschauer Pakt [...], zur atomwaffenfreien Welt ohne Furcht und Unterdrückung [...], zur Auflösung beider Militärblöcke“.³⁴ Das unterschrieb auch Josef Weber. Eine DKP-Position war es nicht.

IMMER NEUE UNTERZEICHNER

Im Dezember 1980 begannen die „Krefelder“ bundesweit Unterschriften für ihren Appell zu sammeln. Und fortan verkündete man alle paar Monate neue Gewinne und Erfolge in der Mobilisierung des Volkes für Frieden und Abrüstung. Die Magie der Zahl sollte den eigenen Anhängern Mut machen, Gegnern aus den Konzernmetagen und Regierungsbüros Sorgen bereiten und sie in ihren Plänen unsicher werden lassen. Stolz hielten die Krefelder Organisatoren am 14. Mai 1981 ihre erste große Pressekonferenz in der Bundeshauptstadt ab, um das Zwischenergebnis ihrer Kampagne, ein halbes Jahr nach dem Start, öffentlich zu präsentieren. Stolz erinnerte man in Dokumentationen danach, dass über hundert Journalisten beim Bonner Pressegespräch anwesend waren und dass man rund 800.000 Unterschriften vorlegen konnte.³⁵ So ging das in den nächsten zwei Jahren fortlaufend weiter, hier in der Tat ein wenig im Stil einer klassisch kommunistischen Erfolgsvermeldungsralley: Die Massen schritten, unbeirrt von feindlichen Störmanövern, von Sieg zu Sieg, zumindest was die Zahl der Unterzeichner ihrer Manifeste anging.

Wichtig war, dass immer wieder auch Großveranstaltungen, welche die Aufmerksamkeit der Massenmedien erhielten, als fokussierende Orte der massenhaften Demonstration des Friedenswillens stilisiert bzw. benutzt werden konnten. Vieles musste man selbst organisieren; einiges ließ sich für die eigenen Zwecke funktionalisieren. Ein solches Massenereignis, das nahezu optimal in den Mobilisierungsfahrplan der „Krefelder“ hineinpasste, war der Evangelische Kirchentag in Hamburg im Juni 1981. Protestantische Pfarrer und Studentengemeinden waren seit Jahren bereits ein lohnenswerter Adressat für neutralistisch-pazifistisch-antimilitaristische Aktionsstrategien.³⁶ Und auch der Hamburger Kirchentag stand ganz im Zeichen der Kritik an der Aufrüstung der beiden Weltmächte. Auf der Großveranstaltung

34 Siehe etwa die Anzeige in: Der Stern, 15.03.1982, S. 281.

35 Lattmann, Dieter: Krefelder Initiative. Der Atomtod bedroht uns alle – keine Atomraketen in Europa o.O. o.J. (1981), S. 22.

36 Vgl. Klatt, Hans-Gerhard: Evangelische Kirche und Friedensbewegung, in: Pestalozzi/Schlegel/Bachmann (Hg.) 1982 (s. Anm. 10), S. 20-24.

„Christen für Abrüstung“ sprachen Gert Bastian und Petra Kelly, waren Stars der frommen wie furchtsamen Jugend. Als sich aus dem Kirchentag heraus eine Großdemonstration durch die Hamburger Stadt unter dem Motto „Gegen das atomare Wettrüsten in West und Ost“ formierte, zählten die Beobachter rund 100.000 Teilnehmer. Das „Krefelder Forum“ selbst konnte ebenfalls einen schönen Ertrag seiner Bemühungen bilanzieren; insgesamt 25.000 weitere Unterschriften hatte man bei der Hamburger Protestanten-zusammenkunft einwerben können.³⁷

Je stärker sich der Unterstützerkreis des Krefelder Appells erweiterte, desto heftiger zirkulierte in Medien und Politik der Vorwurf, es handle sich um ein kommunistisch gesteuertes Unternehmen. Doch in dem Maße, in dem sich die Listen der „Krefelder“ mit Namen füllten, in dem Maße baute sich das anfängliche Übergewicht der Kommunisten und ihrer treuen Epigonen mehr und mehr ab. Der Kommunismus-Vorwurf wirkt im Zuge dieses Prozesses sodann sukzessive übertrieben, nahezu hysterisch. Fast täglich setzte irgendwo in Deutschland ein Prominenter aus Kultur, Sport oder Wissenschaft, über den oder die auch bei schlechtestem Willen keine kommunistische Provenienz zu (re)konstruieren war, seinen Namen unter das Dokument. Zum Krefelder Appell bekannten sich, unter vielen anderen, die Schauspieler Karlheinz Böhm, Curt Bois, Heinz Schubert, Eva Hörbiger, Hansjörg Felmy, Günter Lamprecht, Marius Müller-Westernhagen, Dieter Hildebrandt, Eva Mattes, Henning Venske, Senta Berger, der Fußballprofi Ewald Lienen, die Olympialeichtathleten Jürgen Hingsen, Ulrike Meyfarth, Annegret Richter³⁸, die Regisseure Erwin Keusch, Hansgünther Heyme, Reinhard Hauff, die Professoren Günter Altner, Jürgen Seifert, Klaus Fritzsche, Erich Huster, Annette Kuhn, Horst-Eberhard Richter, Hartmut v. Hentig, die Pfarrer Heinrich Albertz und Helmut Gollwitzer, die Grünen-Politiker Roland Vogt und Wolf-Dieter Hasenclever, aus der FDP der Jungdemokraten-Vorsitzende Werner Lutz und der frühere Hamburger Parteivize Gerhard Weber; dazu kamen auch die späteren Bundesminister im Schröder-Kabinett Otto Schily und Heidemarie Wieczorek-Zeul. Von den deutschen Schriftstellern äußerten unter anderem ihr Einverständnis Peter Härtling, Luise Rinser, Walter Dirks, Karin Struck, Friedrich Christian Delius, Wolfdietrich Schnurre und der Literaturnobelpreisträger von 1972, Heinrich Böll.³⁹ Dieser ging, gemeinsam mit seiner Ehefrau Annemarie, offen mit

37 Lattmann (s. Anm. 35), S. 25.

38 Vgl. Gemeinsamer SPD/FDP-Brief. „Krefelder Appell“: Sportler gegen Atomraketen, in: Deutsche Volkszeitung, 30.07.1981; o.V.: Verstärktes Engagement von Bürgern der BRD gegen NATO-Raketenpolitik, in: Neues Deutschland, 13.07.1981.

39 Vgl. Vermerk „Zu den Unterzeichnern des „Krefelder Appells“ gehören“, o.D., in: SPD-Parteiarhiv, XX Org/Krefelder Appell; vgl. auch Der Atomtod bedroht uns alle, in: Die Zeit, 10.04.1981, online einsehbar unter: <http://www.zeit.de/1981/16/Der-Atomtod-bedroht-uns-alle> [eingesehen am 09.08.2010].

dem Kommunismus-Verdacht um. Im Juni 1981 erklärte das Ehepaar Böll in einer öffentlichen Stellungnahme:

„Dass auch Kommunisten diesen Appell unterschrieben haben, Kommunisten in anderen europäischen Ländern ihn ebenfalls unterstützen werden, stört uns nicht. Wir hätten nicht das Geringste dagegen einzuwenden, wenn die Sowjetunion sofort mit dem Abbau ihrer SS-20-Raketen beginnen würde. Im Übrigen verfahren wir uns dagegen, als Gegner der Nachrüstung automatisch des Antiamerikanismus bezichtigt zu werden. Wer nicht jeden einzelnen politischen Zug der gegenwärtigen amerikanischen Regierung billigt, wird damit nicht automatisch antiamerikanisch. Wir kennen Amerika (die USA), schätzen es, haben als Übersetzer einiges zum Bekanntwerden der großen amerikanischen Kultur beigetragen – und werden das weiterhin tun. Gegen Nach- oder Aufrüstung bedeutet nicht, Antiamerikanisch zu sein.“⁴⁰

KRITIK AUS DER SOZIALDEMOKRATIE

Andere Gegner der Nachrüstung achteten hingegen stärker auf Distanz zum kommunistischen Umfeld, mochten daher auch nicht, mit der „Krefelder Initiative“ in ein Boot steigen. Das traf – und das war besonders schmerzhaft für die „Krefelder“ – insbesondere und prominent auf den Landesvorsitzenden der baden-württembergischen Sozialdemokraten, Erhard Eppler, zu, den großen Kontrahenten von Kanzler Schmidt in dessen eigener Partei, Vordenker auch des Protests gegen die Atomenergie und die Atomrüstung. In den Gremien seines Landesverbandes warnte Eppler über das Frühjahr 1981 dezidiert davor, mit den „Krefeldern“ gemeinsame Sache zu machen.⁴¹ Das ließ sich aus der besonderen politischen Biographie von Eppler gut verstehen. Er kam aus der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns, die – nicht zuletzt aus Gründen eigener finanzieller und organisatorischer Defizite – während der 1950er Jahre im Bündnisprojekt mit dem „Bund der Deutschen“ stand, dessen Kopf eben Josef Weber war, der nun als zentrale Koordinierungsperson für den Krefelder Appell fungierte.⁴² Auf ihn spielte Eppler an, als er Ende Juni 1981 auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten seine Skepsis gegenüber der „Krefelder Initiative“ begründete:

„Es stimmt, dass die Basis dieses Appells heute sehr breit ist; es stimmt, dass eine Unzahl höchst honoriger Leute diesen Appell unterschrieben haben. Aber liebe

40 Dokumentiert in: Lattmann (s. Anm. 35), S. 29.

41 Vgl. o.V.: SPD-Spitze warnt die Genossen vor „Krefelder Appell“, in: Stuttgarter Nachrichten, 07.04.1981.

42 Vgl. etwa Treffke, Jörg: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien, Paderborn 2009, S. 133 ff.; Mellies, Dirk: Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953-1973, Frankfurt am Main 2007, S. 40 ff.

Freunde, wenn wir für eine Pluralität in der Friedensbewegung sind, dann kann das ja nicht bedeuten, dass der ‚Krefelder Appell‘ sozusagen das Lackmus-Papier für die Friedensbewegung wird, sondern ein Teil dieser Friedensbewegung – nicht mehr und nicht weniger. Und jetzt bitte ich euch einmal, einem inzwischen älter Gewordenen abzunehmen, dass jeder von uns aus seinen Erfahrungen heraus lebt. Und ich hatte vor 30 Jahren folgende Erfahrung, die mich geprägt hat. Ich war damals bei Gustav Heinemann; und vor der Wahl 1953 war die Frage, soll die Partei von Heinemann sich verbünden für die Wahlen mit einer Gruppe, die sich damals ‚Bund der Deutschen‘ nannte und die sich dann später umbenannte in ‚Deutsche Friedensunion‘ (DFU), und da waren am Schluss Verhandlungen von acht Leuten auf beiden Seiten. Und ich war natürlich bei uns der Jüngste, ich war damals jünger, als mancher, der heute hier sitzt; und da habe ich auf der anderen Seite gemerkt, dass immer, wenn verhandelt wurde, wenn es knapp wurde, alle auf einen Mann geblickt haben, der gar keinen richtigen Namen hat, der aber die Kontakte hatte dahin, wo damals für diese Leute entschieden wurde. Und ich gestehe Euch, als ich diesen ‚Krefelder Appell‘ mit dieser Unterschrift und von diesem Mann dann zugeschickt bekam, habe ich ihn nicht unterschrieben. [...] Und jetzt bitte ich euch, wenn wir eine mehrheitsfähige Friedensbewegung bekommen wollen, das wollen wir doch, dann darf diese Friedensbewegung sich auf der einen Seite sicherlich nicht in einem billigen Antiamerikanismus ergehen, aber wenn ich von meinen Freunden in dieser Partei erwarte, dass sie irgendwann der einen großen Weltmacht, nämlich unserem Verbündeten, ein knappes und ein klares und ein trockenes Nein sagen in Sachen Nachrüstung, dann möchte ich dies nicht gerne tun zusammen mit Leuten, die der anderen großen Weltmacht noch nie ein Nein entgegengesetzt haben und auch nicht die Absicht haben, dies jemals zu tun.“⁴³

Eppler hatte in jenen Monaten, als Kopf der Anti-Pershing-Fraktion, zweifelsohne eine große Autorität bei den Jungen und Linken in seiner Partei. Aber in seinem Abstand zum Krefelder Appell vermochten die Jusos, ihm nicht zu folgen. Sie schlossen sich auf demselben Bundeskongress, auf dem Eppler seine Ablehnung deutlich machte, dem „Appell“ an. Auch einige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete reihten sich in die Krefelder Front ein und setzten sich damit bewusst in Widerspruch zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Schmidt. Klaus Thüsing gehörte weiter dazu, nun auch Manfred Coppik, Erich Meinike, Horst Peter, Karl-Heinz Hansen. Und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete der Jahre 1972 bis 1980, der Schriftsteller Dieter Lattmann, nahm zunehmend eine Art Sprechrolle des „Krefelder Forums“ ein. Das brachte die sozialdemokratische Parteiführung allmählich in die Bredouille. Am 8. April 1981 sandte der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ein Schreiben an die Landes-, Bezirks- und Unterbezirksgeschäftsführer der Partei, in dem er eindringlich auf den kommunistischen

43 Eppler, Erhard: Ich habe nicht unterschrieben, in: Süddeutsche Zeitung, 04./05.07.1981.

Hintergrund der Ausgangsinitiatoren von Krefeld hinwies und die Mitglieder mahnte, in den Reihen der Partei und nicht im Krefelder Bündnis „gegen eine weitere Rüstungseskalation“ zu kämpfen.⁴⁴ Im Übrigen aber ging die Organisationsleitung im Bonner „Erich-Ollenhauer-Haus“ auffällig unauffällig mit den Frondeuren in der eigenen Partei um. Der zuständige Organisationsreferent in der „Baracke“ hatte dem Bundesgeschäftsführer entschieden davon abgeraten, „administrativ vorzugehen“, da die Partei durch einen solchen Akt der „Disziplinierung“ ihre Sache nach außen nur schwächen würde.⁴⁵ Irgendwelche Parteiordnungsverfahren leitete Glotz in dieser Angelegenheit infolgedessen auch nicht ein. Ihm war klar, dass in der Stationierungsfrage ein Riss mitten durch die Partei ging, dass er mit Disziplinarmaßnahmen oder gar Ausschlussverfahren die Trennung von etlichen tausend Mitgliedern riskiert hätte. Auch die sozialdemokratischen Spitzenpolitiker kannten die Stimmung in ihrer Ortsvereinsbasis und vermittelten diese an die Bonner Zentrale. So etwa der Bundesminister für Bildung, Björn Engholm, der Anfang April 1981 aus Schleswig-Holstein berichtete:

„Die Leute verstehen die Unlogik nicht mehr: Aufrüsten, um abzurüsten. Overkill, Erstschlag, Zweitschlag – das schockiert, diese Absurdität widerspricht der Lebenserfahrung.“⁴⁶

Zwar entstand auch in der SPD, inspiriert von zwei jungen Sozialdemokraten aus Ostwestfalen-Lippe, ein Friedensmanifest – der sogenannte „Bielefelder Appell“ unter der Überschrift „Mut für eine neue Zukunft“ –, aber dieses wirkte mehr wie ein kleines Derivat des großen Krefelder Appells, und im Laufe der Zeit kam es bei gemeinsamen Auftritten auch zu Formen der personellen Verbrüderung.⁴⁷ Als konfrontativer Gegenentwurf verstand sich hingegen die Aktion des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Datteln und Chefredakteurs des Organs der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Horst Niggemeier, der ein wütender Gegner aller Strömungen links von der SPD-Rechten war, die Grünen darin eingeschlossen. Der „Dattelner Appell für Frieden und Freiheit“ begrüßte den NATO-Doppelbeschluss als „eine vernünftige und maßvolle Reaktion des Westens auf die von der Sowjetunion geschaffenen Fakten im Zusammenhang mit der Aufstellung der Atomraketen vom Typ SS-20“. Als Erstunterzeichner hatte der rührige Nig-

44 Schreiben von Peter Glotz an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer sowie Unterbezirke vom 8.4. 1981, in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

45 Vgl. Suchanek, Klaus: AL I-Referat Organisation, Vermerk für Peter Glotz, 2.4. 1981, in: Parteiarchiv der SPD, XX Org/Krefelder Appell.

46 Zitiert nach o.V.: „Es gibt eine Explosion von Ängsten“, in: Der Spiegel, 13.4.1981.

47 Empört hierzu Niggemeier, Horst: Diskussion in der SPD über „Krefelder Appell“, in: Der Tagesspiegel, 23.07.1983.

gemeier die beiden Fraktionsvorsitzenden der Volksparteien im Düsseldorfer Landtag, Karl Josef Denzer (SPD) und Kurt Biedenkopf (CDU) gewonnen. Auch die sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte Essen, Oberhausen, Bottrop und Mülheim schlossen sich sogleich an, ebenfalls der CDU-Politiker Walther Leisler Kiep und der Freidemokrat Jürgen W. Möllemann.⁴⁸ Als Zielvorgabe hatte man sich selbst die Sammlung von einigen Millionen Unterschriften gesetzt; mehr als einige zehntausend wurden es allerdings nicht. Dabei genoss man nicht nur die Sekundanz der IG-Bergbau.⁴⁹ Auch DGB-Chef Heinz Oskar Vetter wettete gegen die „Einäugigkeit“ der Krefelder, unterstützt von Eugen Loderer und Hans Mayr, den Vorsitzenden der mächtigen IG Metall.⁵⁰ Doch ernteten diese, wenn sie das auf Gewerkschaftskongressen offen vortrugen, verlässlich Buh-Rufe und Missfallensäußerungen.⁵¹ Besonders die Gewerkschaftsjugend öffnete sich in den Jahren 1980 bis 1983 Zug um Zug für den Krefelder Appell.

In der Tat war der Krefelder Appell zu einem Gravitationszentrum der Bewegungen und Bewegtheiten in jenen frühen 1980er Jahren geworden. Kommunisten waren hier gewiss nach wie vor disziplinierte Träger und unermüdliche Aktivisten im Alltag, um zäh und kontinuierlich die Anhängerschaft für die Krefelder Botschaft auszubauen. Aber diese Anhängerschaft hatte größtenteils mit genuinen kommunistischen Anliegen und Einstellungen nichts im Sinn. Die zunächst kaum erwartbare Resonanz der ursprünglich fraglos kommunistisch lancierten Kampagne ließ den Anteil rundum linientreuer Kommunisten im Krefelder Bündnis konstant schrumpfen – eine nicht ganz selten anzutreffende paradoxe Dialektik des Erfolges.

48 Siehe Bauer, Rudolf: Wachsende Zustimmung für Aufruf aus Datteln, in: Rheinische Post, 06.08.1981; auch o.V.: Parteien begrüßen Dattelner „Friedensaufruf“, in: Ruhr-Nachrichten, 25.07.1981; Schmidberg, Claus: Das Glück allein sichert noch nicht den Frieden. Gegen den „Krefelder Appell“ die „Dattelner Initiative“, in: Neue Ruhr Zeitung, 01.08.1981.

49 Vgl. Vetter, Ernst Günter: Im Notfall auch mit Kommunisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.1981; auch o.V.: Gewerkschaft warnt Parteien vor der DKP, in: Die Welt, 16.04.1981.

50 Vgl. etwa 11. Frauenkonferenz der IG Metall vom 8. September bis 10. September 1982 in Frankfurt, in: Metall Pressedienst, 10.9.1982, in: SPD-Parteiarchiv, XXX/155.

51 Siehe o.V.: IG-Metall Frauen für „Krefelder Appell“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.09.1982.

VON EVENT ZU EVENT

Und die Resonanz war beträchtlich. Das zweite „Krefelder Forum“, ein Jahr nach der Gründungsveranstaltung im Seidenweberhaus nun in der Dortmunder Westfalenhalle durchgeführt, strotzte vor Stolz und Zuversicht der Krefelder Aktionsführer. Fünfzehntausend überwiegend junge Menschen aus der Republik waren am 21. November 1981 nach Dortmund gereist, hatten zehn Mark Eintrittsgeld bezahlt, um stundenlang beschwörende Friedensreden von nicht weniger als achtzehn Referenten über sich ergehen zu lassen, was das Auditorium allerdings zum Schluss kaum noch ertrug, und um dann Darbietungen von Künstlern im Rahmen eines Kulturprogramms zu lauschen, was offenkundig auf mehr Gefallen der Majorität stieß. Die Veranstalter hatten in der Tat Anlass zur sichtbaren Zufriedenheit. Zunächst konnten sie eine Grußadresse des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Dortmund, Günter Samtlebe, verlesen, der damit nicht auf gleicher Linie wie seine OB-Kollegen aus dem Revier lag. Dann durften sie rund 250 Journalisten und Redakteure von vierzehn Fernsehsendern aus aller Welt begrüßen, was in dieser Zeit vor den Privatsendern und der Onlinemedien kein geringer Wert war. Und unter der Hallendecke hing grell ausgeleuchtet die Anzeige: „2,1 Millionen Unterschriften für den Krefelder Appell“.⁵²

Durch das Programm führte moderierend der Sozialdemokrat Dieter Lattmann. Mit Tony Benn saß ein bekannter Repräsentant des linken Flügels der Labour-Party auf dem Podium. Aus England kam ebenfalls der renommierte Sozialhistoriker Edward P. Thompson, ein linker Kritiker der Labour Party, der sich 1956 von den Kommunisten getrennt hatte und nun als Protagonist einer neuen, undogmatischen Linken agierte. Als weitere sozialdemokratische Redner waren der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Willi Piecyk und der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik vertreten. Coppik soll, so die Berichterstatter, im Übrigen zusammen mit Gert Bastian den meisten Beifall erhalten haben, wobei Coppik auch eine scharfe Volte gegen seinen Kanzler richtete: „Wir haben Strauß nicht gestoppt, um auf den Umwegen über Reagan und Schmidt eine Politik mitzumachen, die wir von Strauß befürchten mussten.“⁵³

Immerhin thematisierten der Juso-Chef Piecyk und die Grünen-Vorsitzende Kelly kritisch die atomare Rüstung der UdSSR.⁵⁴ Und sicher nicht unbezeichnend war, dass der Vorsitzende der DKP-Jugendorganisation SDAJ, Werner Stuhmann, gellend ausgepiffen wurde, als er Elogen auf die

52 Vgl. den ausführlichen Veranstaltungsbericht von Woikowsky, Rüdiger v.: Ziel und Taktik des Krefelder Appells, in: Die Welt, 04.12.1981.

53 Zitiert nach o.V.: Coppik richtet scharfe Angriffe gegen Schmidt, in: Westfälische Rundschau, 23.11.1981; siehe auch Woikowsky, Rüdiger v.: Coppik contra Schmidt, Bastian contra Apel, in: Die Welt, 23.11.1981.

54 Vgl. o.V.: „Krefelder Initiative“ wiederholt ihre Kritik am Nato-Beschluss, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.1981.

Vorzüge der sowjetischen Politik anstimmte. Denn mehr als ein Viertel der Anwesenden in der Dortmunder Westfalenhalle war nicht dem Lager der DKP und ihrer Freunde zuzurechnen, wie zumindest der „Gegnerbeobachter“ der SPD nach seiner Rückkehr aus Dortmund dem Bundesgeschäftsführer Glotz in einem Vermerk mitteilte.⁵⁵

Andererseits: Die ermüdende Aneinanderreihung der überwiegend stur vom Manuskriptblatt abgelesenen Friedensbeiträge erinnerte frappant an die oft erlebten und vielfach erlittenen Konventionen kommunistischer Großveranstaltungen. Jedenfalls war das Gros der zur passiven Rezeption genötigten Zuhörer heilfroh, als der letzte Frontalvortrag vom Podium zu Ende ging und mit der holländischen Band „Bots“ das Kulturprogramm endlich beginnen konnte. Die „Bots“ standen seinerzeit im Ruf, so etwas wie „die Hauskapelle der Friedensbewegung“⁵⁶ gewesen zu sein. Jedenfalls waren sie im junglinken Spektrum der deutschen Gesellschaft mit ihren Alben „Voor God en vaderland“, „Aufstehn!“ und „Enrüstung“ Kult in diesen frühen 1980er Jahren. Die „Bots“ stiegen mit der Friedensbewegung auf und verschwanden mit ihr wenige Jahre danach ebenso wieder aus dem Zentrum der sich währenddessen rapide wandelnden Jugendkultur. Nach den „Bots“ gaben auch die Liedermacher des DKP-Milieus, also Dieter Süverkrüp, Hannes Wader, Franz Josef Degenhardt ihre Ständchen, ebenso der Panikrockstar Udo Lindenberg. Die Schauspieler Erika Pluhar, Angela Winkler, Hanna Schygulla, André Heller und Dietmar Schönherr rezitierten. Dann erschien der Star des Wochenendes schlechthin auf der Bühne, der amerikanische Bürgerrechtler und Sänger Harry Belafonte, in den 1950er Jahren berühmt geworden durch seinen „Banana Boat Song“, in späteren Jahrzehnten dann als „Botschafter des Guten Willens“ der UNICEF geadelt. Als er die Hymne der US-Bürgerrechtsbewegung „We shall overcome“ anstimmte, erhoben sich die 15.000 Friedensfreunde von ihren Sitzen, zündeten Kerzen an und summten bewegt den Refrain mit.⁵⁷ Kitsch und Protest lagen auch damals nicht weit auseinander.

Doch den Gipfelpunkt an Kitsch wie Ernsthaftigkeit, an Größe, Breite und Inszenierung ihrer selbst wie Werbung ebenfalls nach außen erreichten die „Krefelder“ ein knappes Jahr danach am 11. September 1982. Man war diesmal in die Spätsommertage gegangen, um sich nicht erneut mit der vergleichsweise knappen Begrenzung größerer Hallen zu bescheiden, sondern durch „Open Air“ die Zahl der Akteure und Besucher noch steigern zu können, was ja gleichsam das Gesetz solcher Bewegungen ausmacht. Abermals war eine Stadt des Ruhrgebiets Austragungsort des Friedensevents, in die-

55 Siehe Vertraulicher Vermerk von Wolfgang Biermann, Abteilung IV/2 an Peter Glotz vom 23.11.1981, in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

56 Schrader, Wilhelm: „Komm, feiern wir ein Friedensfest“, in: Westfälische Rundschau, 13.09.1982.

57 Siehe o.V.: Dortmund: Liedermacher und Rock für den Frieden in Europa, in: Westfälische Rundschau, 23.11.1981.

sem Falle Bochum, genauer: das Ruhrstadion dort. Da alles gesteigert werden sollte, lag auch der Eintrittspreis mit fünfzehn Mark um fünfzig Prozent höher als beim Dortmunder Westfalenhallenspektakel. Statt der 15.000 Besucher von damals pilgerten nach Auskunft der Veranstalter nun 250.000 Bürger, nach Schätzung des *Spiegel* und der *taz* 200.000 Menschen auf das Bochumer Stadiongelände.⁵⁸ Jedenfalls hatte es, staunte das Magazin *Der Stern*, „so etwas in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. So viele Künstler, so viele Richtungen, so eine Mischung.“⁵⁹ Mit Politiker-Reden traktierten die Krefelder das Publikum in Bochum kaum noch. Es dominierten voll auf die „Künstler für den Frieden“, wie der offizielle Titel der „Großveranstaltung zur Unterstützung des Krefelder Appells“ auf Plakaten und in Inseraten ausgewiesen wurde.⁶⁰ Das Kulturprogramm lief simultan auf sieben Bühnen – eine Klassik-, Kinder-, Alltags-, Mitmach-, Stadion-, Jugend- und Internationale Bühne – und dehnte sich von vierzehn Uhr bis Mitternacht. Man durfte, wenn man partout wollte, die üblichen Barden des kommunistischen Liedgutes, von Stöverkrüp bis Degenhardt, goutieren. Aber man konnte sich auch den Stars der Schlagermusik zugesellen. Gitte Haenning („Ich will 'nen Cowboy als Mann“), Katja Ebstein („Wunder gibt es immer wieder“) Bill Ramsey („Wumba-Tumba Schokoladeneisverkäufer“) und Howard Carpendale („Deine Spuren im Sand“) steuerten für den Frieden jedenfalls ebenfalls ihre Hits bei, ohne Gage im Übrigen, was für alle Darbieter dieses Tages galt. Die Palette der Künstler, die sich bereits im Vorfeld für die Bochumer Solidaritätsveranstaltung zu Gunsten des Krefelder Appells engagierten, reichte in der Tat beeindruckend weit: Sie erstreckte sich u.a. von Peter Zadek, Claus Peymann, Jürgen Flimm über Gerhard Polt, Jürgen v.d. Lippe, Karl Dall, Otto Waalkes, Otto Sander, Klaus Schwarzkopf, Siegfried Wischnewski und Knut Kiesewetter, Bill Ramsey, Ulla Meinecke, Konstantin Wecker, Klaus Hoffmann, Klaus Lage, Marius Müller-Westernhagen bis hin zu Ingeborg Drewitz, Elke Heidenreich, Carl Amery, Klaus Schlesinger und Joseph Beuys, um nur einige der vielen prominenten Namen hier zu erwähnen.⁶¹

Natürlich waren im Ruhrstadion auch die „Bots“, diesmal mit ihrem Song „Wir sind schwach und wir sind klein“, wieder mit von der Partie. Und abermals kreierte der eingeflogene Harry Belafonte den emotionalen Höhepunkt des späten Abends. Belafonte hatte eigens ein Lied für das Bochumer Fest komponiert und geschrieben. Bei jeder Strophe kam ein Teil der Künstler des Tages noch einmal zurück auf die Bühne, die sich auf diese Weise imposant füllte. Die Künstler hakten sich ein. Das Publikum stand –

58 Siehe o.V.: Wechselbäder für den Frieden, in: *Der Spiegel*, 20.09.1982; Horn, Stefan: Nicht nur die Stones füllen die Stadien, in: *die tageszeitung*, 13.09.1982.

59 Kolb, Ingrid: Können Schlager Raketen schlagen?, in: *Der Stern*, 09.09.1982.

60 Siehe die Anzeige, in: *Die Neue*, 03.09.1982.

61 Vgl. o.V.: „Künstler für den Frieden“ – Großveranstaltung am 11. September in Bochum, in: *Unsere Zeit*, 15.06.1982.

die Feuerzeuge glimmerten, die Wunderkerzen leuchteten – und schaukelten summend Hand in Hand mit. Das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, *Neues Deutschland*, kommentierte begeistert:

„Arm in Arm standen sie, fielen in den hymnischen Gesang ein, wurden schließlich verstärkt durch den größten Massenchor, der gemeinsam seinen unerschütterlichen Willen für Abrüstung und Frieden vortrug. Flutlicht tauchte das Stadion in gleißende Helle, und Hunderttausende wussten, dass sich ihre Kräfte vervielfachen werden.“⁶²

ENDE DER FRIEDENSPARTY

Das war seit jeher das mathematische Multiplikationsdenken kommunistischer Kampagnen. Aber das konnte in sozialen Bewegungen menschlicher Gesellschaften nicht aufgehen. Irgendwann mussten diese Bewegungen an ihr Limit geraten, da das Potenzial an Persönlichkeiten und Prominenz, an Aktivisten und Fußvolk, an Anhängern und Sympathisanten nicht beliebig fortschreitend zu vervielfachen war. Die Events und Ereignisse stießen an Grenzen von Raum, Aufmerksamkeit und Originalität. Dann pflegten Bewegungen allerdings nicht auf hohem Niveau zu verharren, sondern durch die Entdynamisierung und neue Ziellosigkeit ihrer bisherigen Mobilisierung zurückzugehen, ja: nicht selten zu zerfallen.⁶³ Zurück bleibt – bestenfalls – die klassische Organisationsofferte ihrer Ausgangsakteure oder die institutionelle Neubildung etwa parteiförmiger Repräsentanzen, die sich fortan zwar eine Zeit lang noch auf den Mythos, gar das Primat der Bewegungen berufen, im Übrigen aber eine davon entkoppelte Struktur professionell gesteuert und durch verbindliche Reglements fixierter Assoziationen zu konstituieren und zu verfestigen begannen.

Ganz so weit war es zwar nach dem Massenspektakel im Bochumer Ruhrstadion noch nicht. Schließlich wurde gerade das Jahr 1983 zu einem Jahr der Massendemonstrationen gegen die Stationierung von „Pershing II“ und „Cruise Missiles“.⁶⁴ Denn in diesem Jahr kam es darauf an, da in diesem Jahr entschieden werden wollte, ob stationiert wird oder nicht. Erneut

62 Otto, Werner: Das Bekenntnis der Künstler: Jetzt für den Frieden aktiv sein, in: *Neues Deutschland*, 13.09.1982.

63 Vgl. hierzu Ebert, Theodor: Zur Herkunft und Zukunft der Friedens- und Ökologiebewegung, in: Pestalozzi/Schlegel/Bachmann (Hg.) 1982 (s. Anm. 17), S. 25-32, hier S. 26; Albrecht, Ulrich: Die Rezeption der Raketenkrise durch die Friedensbewegung, in Maruhn/Wilke (Hg.) 2001 (s. Anm. 17), S. 134-150, hier S. 134 f.; Schmitt, Rüdiger: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 174; Günter Schmid, Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die Nachrüstung, München 1982, S. 86.

64 Vgl. auch Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 79 ff.

war ein Evangelischer Kirchentag, nun in Hannover, ein wichtiger Ort von Betroffenheitsäußerungen und Motor von kollektiven Aktionen. Das violette Halstuch wurde zum Ausdrucksmittel schlechthin für das Gros der Teilnehmer des Kirchentages. Vier Monate später, am 22. Oktober 1983, demonstrierten republikweit gar über eine Million Menschen gegen die bevorstehende Aufstellung der Mittelstreckenraketen in Europa.

Doch im Vergleich zu den Jahren 1981 und 1982 war es um die „Krefelder Initiative“ stiller geworden. Sie stand nicht mehr so sehr im Mittelpunkt der Organisation und Repräsentanz der deutschen Friedensbewegung. Der Abstimmungsbedarf zwischen den Vereinigungen und Initiativen in den neuen sozialen Bewegungen war derart angestiegen, dass sich im Sommer 1981 ein „Koordinationsausschuss“ der Friedensbewegung als ständiges Gremium mit gewählter Geschäftsführung und Büro in Bonn gebildet hatte, dem Vertreter christlicher Organisationen, sozialdemokratischer Gruppierungen, grüner und unabhängiger Bürgerbewegungen, auch kommunistischer Einrichtungen angehörten. Hier fielen, nach oft langen und hoch kontroversen Debatten, die Entscheidungen über die Mottos, Rednerlisten und Anlässe der Großdemonstrationen, nicht im „Krefelder Forum“.

In der Tat war die Konstellation für die „Krefelder“ 1983 nicht mehr so günstig wie zuvor. Knapp eine Woche nach dem Bochumer Ereignis „Künstler für den Frieden“ war die sozialliberale Bundesregierung zerbrochen; zwei weitere Wochen danach löste Helmut Kohl Helmut Schmidt im Kanzleramt ab. Von da ab bewegten sich die Sozialdemokraten Tag für Tag mehr vom Nachrüstungsbeschluss weg, was zwar ein Ziel der „Krefelder“ war, nun aber ohne große realpolitische Wirkung blieb, da in der neuen Regierung und bei der neuen parlamentarischen Mehrheit die Unterstützung für die Raketenstationierung – im Unterschied zur SPD – ohne jedes Wenn oder Aber ausfiel. Im Übrigen konnten jetzt die Köpfe der vergangenen sozialdemokratischen Entspannungspolitik, ohne die Fesseln der gouvernementalen Nachrüstungsverpflichtungen, ihren zweiten Frühling als Hoffnungsträger friedenspolitischer Sehnsüchte durchleben. Auf dem Kirchentag in Hannover waren nicht mehr die „Krefelder“ Stars des jugendlichen Pazifismus, sondern Egon Bahr und ganz besonders Willy Brandt.⁶⁵ Nach Coppik, Thüsing, Hansen oder Lattmann fragte man in den Monaten der großen Renaissance des Friedensnobelpreisträgers von 1971 keiner mehr.

Und im Sommer 1983 konnte man sich immer weniger Illusionen darüber machen, dass die Kohl/Genscher-Regierung dem NATO-Beschluss von 1979 Folge leisten würde. Damit aber gingen der Kernforderung des Krefelder Appells der Adressat, die Voraussetzung und das Ziel verloren. Entsprechend nervös und rhetorisch aggressiv reagierten die Vertreter des „Krefelder Forums“. Am 9. Juni, während des Kirchentages in Hannover, sandten Weber, v. Uexküll, Strässer, Ridder, Niemöller, Kelly und Bastian einen

65 Siehe ebd., S. 95.

Brief an alle Bundestagsabgeordnete, in dem sie den Krefelder Appell apodiktisch als „Zeugnis von dem tatsächlichen Willen der Bevölkerung“ qualifizierten, der Bundesregierung hingegen jedes Mandat für die Stationierung absprachen und die Parlamentarier zur Vorbereitung einer konsultativen Volksbefragung aufforderten. Denn: „Wie noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit lautet heute die Alternative: Abrüstung oder Vernichtung.“⁶⁶ Ähnlich manichäisch und apokalyptisch klangen die Formulierungen in einem am gleichen Tag mitgesandten Begleitkommentar von Josef Weber:

„In dieser Situation der größten Bedrohung des Friedens kann nur noch der millionenfach manifestierte Wille der Völker die Menschheit vor dem Abgrund retten. Widerstand ist mehr denn je Pflicht, insbesondere die unseres Volkes, dessen Existenz unmittelbar bedroht ist. Kohl hat zwar für die Stationierung den Auftrag des amerikanischen Präsidenten, die Zustimmung unserer Bevölkerung dazu hat er nicht. [...] Die Alternative lautet heute noch zugespitzter: Abrüstung oder Weltvernichtung.“⁶⁷

Als sich die „Krefelder“ am 17. September 1983 in der Godesberger Stadthalle zu ihrem 3. Forum trafen, hatten sie auch die Losung ihrer Zusammenkunft zugespitzt: „Das atomare Inferno verhindern“, hieß nun das Anliegen der Konferenz.⁶⁸ Der Hauptredner der Tagung, der österreichische Sozialphilosoph und Schriftsteller Günther Anders, schlug ebenfalls neue, härtere Töne an, als er das bisherige Dogma des gewaltlosen Widerstandes in Frage stellte.⁶⁹ Die Diskussion darüber lief indes in einer nur noch knapp zur Hälfte gefüllten Halle; gerade einmal 600 Leute hatten sich noch nach Godesberg begeben.⁷⁰ Die Krefelder Bewegung zerfiel offenkundig – und versuchte, die personelle Schwächung durch martialisch klingende Metaphern und Postulate zu kompensieren.

DIE BEWEGUNG ZERFÄLLT

Als sich der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 mehrheitlich für die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen aussprach, war das Anliegen der Initiatoren des Krefelder Appells realpolitisch gescheitert. Für die Friedensbewegung insgesamt bedeutete dieser Tag die Zäsur schlecht-

66 Das Schreiben gefunden in: SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

67 Informationsschreiben von Josef Weber, 09.06.1983, gefunden im SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

68 Vgl. o.V.: Fünf Millionen unterschrieben den „Krefelder Appell“, in: Frankfurter Rundschau, 19.09.1983.

69 Vgl. o.V.: Regierung soll verhandeln statt zu stationieren, in: Bonner General-Anzeiger, 19.09.1983.

70 Vgl. Kahl, Werner: Zuhörerschwund beim „Krefelder Appell“, in: Die Welt, 19.09.1983.

hin.⁷¹ Vereint und verklammert werden konnten die ideologisch sonst oft weit auseinanderliegenden Teile wie Strömungen der Bewegung allein durch die Beschränkung auf das „Nein“ zu den „Pershing“-Waffen. Der Doppelbeschluss hatte gewissermaßen die Heterogenitäten überdeckt und das Oppositionslager für rund drei Jahre integriert. Nun aber fehlte dieser Klebstoff, nun taten sich die Gräben wieder mit Wucht auf. Die einen hatten genug von „Latschdemos“ und friedfertigen Gesängen; sie wollten militant zur Sache gehen, durch Blockaden, Streiks, wenn nötig: physische Gewalt. Andere befürworteten nach wie vor die klassischen Demonstrationskundgebungen. Aus dem Krefelder Lager kamen die meisten Stimmen für eine Volksbefragung. Zusammen ging nun nur noch wenig.

Auch im „Krefelder Forum“ selbst waren die Zentrifugalkräfte nicht mehr zu bändigen. Schon 1981 und 1982 tat sich der DFU-Mann Weber nicht leicht mit Gert Bastian und Petra Kelly. Bastian hatte bereits auf der ersten großen Pressekonferenz des „Krefelder Forums“ im Mai 1981 die Aufrüstung der Sowjets als „Unsinn“ bezeichnet. Kelly hatte sich immer wieder mit der Einflussnahme der DKP auseinandergesetzt und mit dem Bruch gedroht.⁷² In ihrer Jungfernrede als Parlamentarierin im Deutschen Bundestag Anfang Mai 1983 stellte sie die deutsche Friedensbewegung in die Gemeinschaft mit Solidarnosc, Charta 77, den Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegungen in der DDR. Exakt darüber kam es im Januar 1984 zum Bruch. Als Kelly und Bastian am 13. Januar 1984 in eine bis weit in die Nacht andauernde harte Debatte dafür eintraten, die DDR-Friedensbewegung in die Aktivitäten des „Krefelder Forums“ hineinzunehmen, verweigerte sich, angeführt von Josef Weber, der Rest. Am 25. Januar erklärten Kelly und Bastian dann schriftlich ihren Austritt aus der „Krefelder Initiative“.⁷³ Am 19. Februar 1984 informierten sie die Öffentlichkeit über ihre Beweggründe:

„Wer den Krefelder Appell unterschrieben hat, kann stolz darauf sein, mit dazu beigetragen zu haben, das NEIN vieler Millionen zu der von unserer Regierung gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit vollzogenen nuklearen Aufrüstung vor der Geschichte festzuschreiben. Nachdem jedoch Parlament und Regierung den Willen der Mehrheit am 22.11.1983 frivol missachtet haben, ist der Krefelder Appell mit seiner vor diesem Zeitpunkt begründeten Forderung heute nicht mehr ausreichend. Wir wollen ihm deshalb einen neuen, weiter reichenden Inhalt geben und dabei auch die gleichfalls abzulehnende sowjetische Gegenstationierung sowie die nicht hin-

71 Vgl. auch Linn, Gottfried: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wagenlehner, Günther (Hg.): Die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss. Eine Bilanz, Koblenz 1985, S. 131-146, hier S. 144.

72 Vgl. auch Meyer, Thomas: Die Grünen wehren sich gegen eine Umarmung durch die DKP, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 06.04.1982; auch Baron 2001 (s. Anm. 19), S. 211.

73 Hierzu v. Hüllen 2001 (s. Anm. 17), S. 249.

nehmbare Unterdrückung von Friedensbewegungen im Osten mit einbeziehen. Das ist jedoch von den anderen Initiatoren abgelehnt worden. Wir haben daraufhin die Krefelder Initiative verlassen, weil sie ohne weiterreichende Forderungen dem Ernst der jetzt eingetretenen Lage nicht mehr gerecht werden kann.“⁷⁴

Die „Krefelder Initiative“ nahm nach dem Abgang von Kelly und Bastian allerlei weitere „Persönlichkeiten“ auf, aber ihr Einfluss sank rapide.⁷⁵ In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bekämpfte man resolutionär noch die „Militarisierung des Weltraums“ und die Entwicklung des „Jäger 90“, wie man den „Eurofighter“ zunächst bezeichnete.⁷⁶ Doch verloren sich nur noch wenige hundert Teilnehmer auf den durch und durch ritualisierten Foren der „Krefelder“. Zuletzt hörte man im Mai 1990 von ihnen; parallel dazu löste sich im gleichen Monat auch das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ selbst auf.

CUI BONO?

In der Literatur über den Krefelder Appell und die Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre stößt man auf ein zumindest leichtes Übergewicht an Autoren, für welche die Bewegungen jener Jahre kommunistisch unterwandert, ja gesteuert waren. Mitunter schwingt gar eine Art von widerwilliger Bewunderung darüber mit, wie systematisch und zielstrebig die kommunistischen Strategen an ihr organisatorisches Werk gegangen seien. Offenkundig hat die Dauer- oder Vielbeschäftigung mit der kommunistischen Infiltrationspolitik irgendwann dazu geführt, sich die Sichtweise und Urteilsmaßstäbe des präferierten Forschungsgegenstandes selbst zu Eigen gemacht zu haben. Jeder IM der Stasi, der es in Westdeutschland zum Redner auf einem Podium gebracht hatte, war nicht nur in den Augen der damaligen kommunistischen Führungskader auf das Konto erfolgreicher Einflussnahme zu verbuchen, sondern auch aus dem Beurteilungsblickwinkel der explizit dem antikommunistischen Aufklärungsfuror verpflichteten Historiker und Sozialwissenschaftler.

Das manifeste Problem dieser Deutungsweise ist allerdings: Am Ende des Jahrzehnts, von dem hier die Rede ist, stand nicht der Zusammenbruch der von den Kommunisten vermeintlich sturmreif geschossenen parlamentarischen Demokratien des Westens, sondern der Sturz der Ordnungen in den Staaten des Warschauer Pakts. Und zu den Paradoxien dieser Geschichte

74 Offener Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Unterzeichner des Krefelder Appells, 19.02.1984, gefunden im SPD-Parteiarchiv, XX Org/Krefelder Appell.

75 Vgl. auch Rudzio 1983 (s. Anm. 9), S. 151.

76 Vgl. etwa Huhn, Michael: 7. Krefelder Forum warnt vor Modernisierung, in: *Unsere Zeit*, 24.10.1988.

gehört insbesondere, dass die kommunistisch lancierte Friedensbewegung zur Implosion des realsozialistischen Lagers wesentlich beigetragen hat. Und das galt keineswegs zuletzt für den Krefelder Appell. Seine erstaunlich weitreichende Resonanz in der westdeutschen Bevölkerung animierte die DDR-Dissidenten Robert Havemann und Rainer Eppelmann im Dezember 1981 dazu, als Pendant einen „Berliner Appell“ unter dem Titel „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu formulieren. Seit dem 25. Januar 1982 zirkulierte dieses Manifest, zu dessen Erstunterzeichnern unter anderem der spätere Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Gerd Poppe, und der Fraktionsvorsitzende dieser Partei im Magdeburger Landtag, Hans-Jochen Tschiche, gehörten. Der „Berliner Appell“ der DDR-Opposition proklamierte: „Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muss zur atomwaffenfreien Zone werden.“⁷⁷

Damit hatte sich der Forderungskatalog der Friedensbewegung nach Osten ausgedehnt, in die DDR-Politik hinein, bis hin nach Moskau. Auf diese Weise war über das Vorbild des Krefelder Appells ein Stück systemgefährdender plebiszitärer Bürgerrechtspolitik nun auch in der im Prinzip hermetisch konstruierten SED-Diktatur angelangt. Als Hilfstruppen für ihr Anliegen fungierten vor allem Petra Kelly, Gert Bastian und andere Grüne, die insgesamt den Kampf gegen die Raketenstationierung mit Bürgerrechtspostulaten und Ökologiekritik in West wie Ost verknüpften und damit eine blockübergreifende Oppositionsströmung nährten.

Auf die protestierende junge Generation der Bundesrepublik wirkte das alles entschieden glaubwürdiger und attraktiver als die eher hölzernen und politisch in der Tat durchweg einseitigen Parolen der orthodoxen Kommunisten.⁷⁸ Daher wurden die Grünen unzweifelhaft Gewinner der Friedensbewegung, welche letztlich den Katapult bildete für den Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag Anfang 1983. Die undogmatische, auch individualistische, eigensinnige, aller Autorität trotzen- de Art des politischen Stils der neuen grünen Formation zeigte auch auf junge Kommunisten im gemeinsamen Alltagsumgang der Friedensbewegung Wirkung.⁷⁹ Eigentlich sollten die Kommunisten die „politisch naiven“ Akteure der neuen sozialen Bewegungen beeinflussen und auf Kurs bringen. Aber in etlichen Fällen lief es umgekehrt. Am Ende des Jahrzehnts waren die Bundesvorsitzenden der studentischen und arbeitenden Jugend in der DKP aus der Zeit des Krefelder Appells in Opposition zu den kommunistischen Altkadern geraten, standen auf dem Sprung in das Lager der „Ökopaxe“.⁸⁰ Der ehemalige SDAJ-Vorsitzende Werner Stuhmann, der noch auf dem 2. Krefelder Forum in

77 Vgl. hierzu Neubert, Erhart: *Geschichte der Opposition in der DDR. 1949-1989*, Berlin 1998, S. 408 ff.

78 Auch Baron 2001 (s. Anm. 19), S. 214.

79 Siehe ebd., S. 208; ebenfalls Linn (s. Anm. 71), S. 142 f.

80 Vgl. hierzu und im Folgenden Klemm, Christian: *Gespalten, zerstritten und fast bankrott*, in: *Neues Deutschland*, 26.10.2009.

der Dortmunder Westfalenhalle eine Apologie auf die UdSSR zu verbreiten versucht hatte, trat in den 1990er Jahren den Grünen bei und avancierte 1995 zum stellvertretenden Regierungssprecher der ersten rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Johannes Rau. Seine Nachfolgerin im Vorsitz der SDAJ, Birgit Radow, übernahm in dieser Zeit die Geschäftsführung von „Greenpeace“. Der einstige Chef des „Marxistischen Studenten Bundes Spartakus“, Uwe Knickrehm, leitete das Büro der grünen Bundestagsabgeordneten Ulrike Höfken.

Die Grünen also zogen den großen Nutzen aus der Alternativkultur und den friedenspolitischen Aktivitäten jener frühen 1980er Jahre. Und da sie seither mit dem Signum von Pazifismus, Militärkritik und Rüstungskontrolle ausgestattet waren, konnten sie – stärker als alle anderen politischen Parteien – den Rubikon überqueren und mit Verweis auf die Verteidigung der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten für militärische Interventionen im Ausland eintreten und gouvernemental vollziehen. Vom Krefelder Appell führten viele Wege in die weitere politische Zukunft. In Richtung Stabilisierung der staatssozialistischen Ordnungen indes führte keiner.